



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

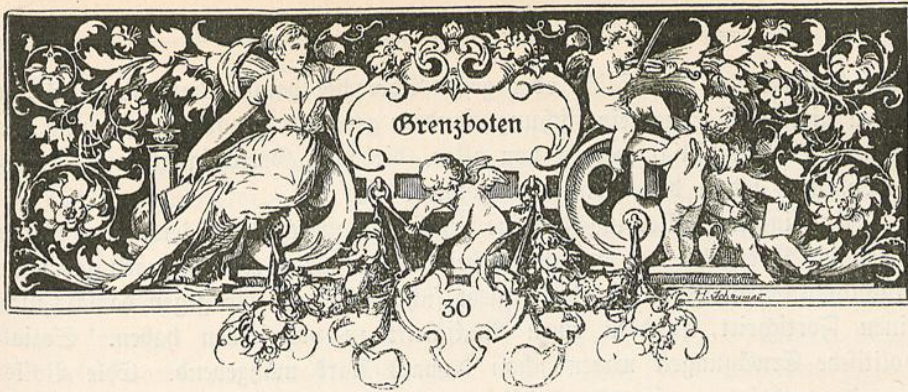
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ein wirtschaftspolitischer Rückblick

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ein wirtschaftspolitischer Rückblick



Das Jubiläum der Aufhebung der Kornzölle in England hat unsre Hochschutzöllner nervös gemacht. Sie haben den Freihandelsgedanken lange für einen Toten gehalten und für einen Toten erklärt; daß er noch Lebenszeichen verrät, kommt ihnen, wie es scheint, nicht ganz gelegen. Zwar daß er tot sei und nie wieder zum Leben zurückkehren könne, behaupten sie auch noch. Sie geben ihrer Verachtung den stärksten Ausdruck. In der üblichen Weise wird übertrieben, werden die eignen Parteianschauungen für die Stimme des Volkes ausgegeben, während auf der andern Seite nur eine geringe Zahl verbissener Doktrinäre stehen soll. Dennoch klingt einige Besorgnis durch, daß ähnliche Bestrebungen, wie die, die damals den Sieg errangen, wieder mächtig werden könnten.

Nun ist es ja verkehrt, zu meinen, daß sich der heutige wirtschaftspolitische Kampf in dem Gegensatz von Freihandel und Schutz Zoll erschöpfe, oder daß er ihm auch nur hauptsächlich das Gepräge gebe. Dieser Gegensatz deckt sich nicht einmal mit dem, der für den heutigen Kampf hauptsächlich bezeichnend ist. Mancher, der nicht grundsätzlich Freihändler ist und jeden Schutz Zoll verwirft, mißbilligt doch entschieden die heute von den Agrariern vertretenen Bestrebungen. Die ganze Schutz Zollfrage ist heute, wenn auch nur vorläufig, ziemlich zurückgetreten. Das Verlangen, daß die Kornzölle aufgehoben werden sollen, wird zur Zeit nicht gestellt. Näher, als durch Hervorheben der Gegensätze auf diesem Gebiet, kommt man daher wohl der Sache, wenn man sagt, es handle sich darum, ob sich der Staat einmischen solle oder nicht. Aber auch das ist nicht ganz zutreffend. Viele sind nicht grundsätzliche Gegner jeder Staatseinmischung, aber sie wollen doch nicht, daß der Staat in der Weise das wirtschaftliche Leben bevormunde und überwache, wie es heute von gewisser Seite verlangt wird. Am richtigsten aber ist es wohl, zu sagen, daß

es sich um einen Kampf für oder gegen Vorrechte handle, daß die Zwecke, zu denen nicht bloß Staatseinmischung, sondern geradezu Staatsunterstützung verlangt wird, mißbilligt werden von allen, die noch Gerechtigkeitsgefühl genug haben, um „jedem das Seine“ zu gönnen.

Und insofern allerdings ist eine Ähnlichkeit zwischen dem damaligen Kampf gegen die Kornzölle und dem heute bei uns geführten Kampf gegen agrarische Ausschreitungen. Zugleich aber ergibt sich auch, daß wir gegen damals nicht einen Fortschritt, sondern einen Rückschritt zu verzeichnen haben. Sozialpolitische Erwägungen waren schon damals stark maßgebend. Edle Volkswreunde verfolgten mit echt britischer Thatkraft und Zähigkeit ihre Ziele. Ein Mann wie Cobden, der in uneigennütziger Weise alles an die Durchführung einer Idee setzt, ist ein erhebendes Bild. Heute sollten billigerweise sozialpolitische Bedenken für die Gesetzgebung viel mehr gelten, als damals. Diese aber sind für die Agrarier, die über die Gesetzgebung so große Macht ausüben, nicht vorhanden. Sie legen für ihre zu einer gerechten Sozialpolitik im geraden Gegensatz stehenden Bestrebungen einen Eifer an den Tag, der einer bessern Sache würdig wäre. Auf der Gegenseite aber fehlt die nötige Kraft und Einigkeit, um diesen Bestrebungen erfolgreich zu widerstehen. Dazu kommt, daß bei uns die Haltung der Regierung in gesetzgeberischen Fragen viel bestimmender ist als in England, daß eine Volksbewegung von der Regierung viel weniger beachtet wird und auf sie weniger Einfluß übt. So liegen für uns die Bedingungen, einer volkfreundlichen Politik den Sieg zu verschaffen, viel ungünstiger, als damals in England. Und doch wird immer mehr die Notwendigkeit empfunden, den agrarischen Ausschreitungen Halt zu gebieten.

Aber auch wenn wir uns nur an die wirtschaftliche Seite der Frage halten, müssen die von agrarfreundlichen Blättern bei dieser Gelegenheit angestellten Betrachtungen erheiternd wirken auf jeden, der nicht die Verhältnisse durch die Parteidrille betrachtet. Da wird den Engländern vorgehalten, daß sie durch Aufhebung der Kornzölle einen sehr dummen Streich gemacht hätten. Und dieser Fehler soll noch bis in die Gegenwart herein seine Nachwirkungen auf die englische Wirtschaftspolitik ausüben. Diese Blätter richten ernste wohlwollende Mahnungen an England, weil sie es einem Abgrunde zutaumeln sehen, ohne daß es selbst eine Ahnung davon habe. Auch geben sie zu verstehen, daß sich bessere Einsicht in England mit Notwendigkeit einstellen werde und müsse. England, das alte Freihandelsland, auf die Bahn des Schutzzolls zu bringen, welcher glänzende Erfolg wäre das für unsre Agrarier!

England hat seine Landwirtschaft zu Grunde gerichtet, so lautet der eine von dieser Seite gegen die englische Wirtschaftspolitik erhobne Vorwurf. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, daß auf die Aufhebung der Kornzölle in England eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs folgte, an dem auch die Land-

wirtschaft wesentlich Anteil hatte. Und der Rückgang der Landwirtschaft in der Neuzeit ist doch in England, wie bei uns, zum Teil eine Nachwirkung eben jenes Aufschwungs und des dadurch veranlaßten allzu hohen Steigens der Bodenpreise. Darum ist die Landwirtschaft so wenig widerstandsfähig gegen die starke Konkurrenz der Neuzeit. Gewiß mußte diese Konkurrenz die Landwirtschaft auf alle Fälle schwer treffen. Und die englische Landwirtschaft ist dieser Gefahr noch mehr ausgesetzt als die unsrige. Ob sich aber Kornzölle als ein kräftiges Heilmittel bewährt hätten, muß zweifelhaft erscheinen, wenn man bedenkt, wie unzulänglich sich selbst unsre hohen Zölle nach dem eignen Urteil der Agrarier in dieser Hinsicht erwiesen haben.

Aber auch Englands gewerbliche Blüte, so wird uns gesagt, trägt den Krankheitskeim in sich. Englands Industrie ist dem Untergange geweiht, wenn es auch gelingt, ihn noch eine Zeit lang aufzuhalten. Zunächst scheint sich aber England selbst nicht mehr krank zu fühlen als andre Staaten, die nach angeblich so vortrefflichen wirtschaftspolitischen Grundfägen geleitet werden. An den düstern Prophezeiungen ist nur so viel richtig, daß England seine frühere Überlegenheit nicht behaupten kann, da es mit dem Wettbewerb aufstrebender Nationen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zu kämpfen hat. Auch die weiseste, ausschließlich im Interesse Englands geleitete Wirtschaftspolitik hätte diese Entwicklung nicht hindern und die daraus für England entstehenden Folgen nicht abwehren können.

Daß gesetzgeberische Maßregeln nur eins der Förderungsmittel wirtschaftlichen Gedeihens sind, daß ihre Wirkung immer nur beschränkt ist und nicht überschätzt werden darf, das übersehen eben unsre Fanatiker der Staatshilfe beständig. Das hat sich bei ihrer Beurteilung unsrer Wirtschaftspolitik, wie schon so oft, auch wieder bei dieser Gelegenheit gezeigt. Die Hamburger Nachrichten und verwandte Blätter glaubten ein Loblied auf die nach dem Fürsten Bismarck benannte Wirtschaftspolitik anstimmen und sie der verfehlten Wirtschaftspolitik Englands gegenüberstellen zu müssen. Dabei ist es nur merkwürdig, daß gerade die Vertreter der Anschauungen, die in den genannten Blättern ihren Ausdruck finden, am allerunzufriedensten mit den heutigen wirtschaftlichen Zuständen sind. Wenn die Bismarcksche Wirtschaftspolitik wirklich die Wunderdinge ausgerichtet hätte, die ihr von ihren Anhängern zugeschrieben werden, so würde es wohl etwas anders bei uns aussehen. Denn diese Wirtschaftspolitik ist ja nicht abgeschafft, unter Caprivi nur ganz unwesentlich geändert, im übrigen aber durch Maßregeln in ähnlichem Sinne noch bestärkt worden.

Wollen wir das wirtschaftspolitische System Bismarcks gerecht beurteilen, so dürfen wir nicht bloß darauf sehen, was zu Anfang beabsichtigt wurde, sondern wir müssen untersuchen, was allmählich daraus geworden ist, wie es sich im Laufe der Zeit gestaltet, ob der Erfolg den Erwartungen ent-

sprochen hat. Und da muß denn am meisten auffallen das Mißverhältnis zwischen dem, was angekündigt wurde, und dem, was erreicht worden ist. Ganz im Gegensatz zu den großartigen Erfolgen des Fürsten Bismarck auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist das Ziel, das man sich bei der Einleitung der erwähnten Wirtschaftspolitik steckte, nicht erreicht worden; dafür sind aber Bestrebungen wachgerufen worden und immer mehr erstarkt, die schließlich der Staatsgewalt selbst höchst unbequem wurden. Die gesamten Bestrebungen, die unter dem Namen der Interessenpolitik zusammengefaßt werden, sind in diesem Zeitraume mächtig angewachsen, und wenn zu Anfang angenommen wurde, daß sie leicht zu befriedigen seien, daß es nur einer geringfügigen Änderung der wirtschaftlichen Gesetzgebung bedürfe, um einen „Aufschwung“ herbeizuführen und Wohlstand hervorzuzaubern, so hat sich später herausgestellt, daß die Interessenpolitiker immer tiefere und verhängnisvollere Eingriffe in das wirtschaftliche Leben verlangten, daß sie trotz aller Zugeständnisse nie zufrieden waren, und daß diese Unzufriedenheit auch eine gewisse Berechtigung hatte, wenn einmal von der Staatsgewalt die Leistungen erwartet werden konnten und durften, die von den Förderern dieser Bestrebungen von Anfang an in Aussicht gestellt waren.

Der Fehler lag also offenbar in der Überschätzung der Fähigkeiten der Gesetzgebung; er lag darin, daß allgemeine wirtschaftliche Erscheinungen den Wirkungen der Gesetzgebung eines einzelnen Landes zugeschrieben wurden, und daß man dann glaubte, durch Änderung dieser Gesetzgebung eine „nationale Wirtschaftspolitik“ ausschließlich auf die Bedürfnisse dieses Landes begründen zu können, wobei übersehen wurde, daß man dadurch im Auslande den Anreiz zu ähnlichen Bestrebungen gab und zu Maßregeln, die der „nationalen Arbeit“, die man durch das System aufs beste zu schützen glaubte, verhängnisvoll wurden. Dabei ist besonders bemerkenswert, wie verschieden sich die einzelnen Zweige der nationalen Arbeit bei diesem System befanden, und daß sich gerade der Arbeitszweig, der Berufsstand, dem der „Schutz“ hauptsächlich zugebracht war, am allerwenigsten befriedigt gefühlt hat und noch jetzt fühlt.

Und hiermit kommen wir zu dem Hauptpunkt der Frage. Nicht darnach ist ein Wirtschaftssystem zu beurteilen, ob eine einzelne Maßregel grundsätzlich richtig und zu billigen ist, sondern wie dieses System im ganzen wirkt, wie es hineinpäßt in die Zeitverhältnisse und in die ganze wirtschaftliche Lage, ob bei dem, was die Gesetzgebung übernimmt, die unabweisbaren Forderungen des Zeitalters richtig erkannt werden und ihnen möglichst entsprochen wird. Es ist die Achillesferse dieser Wirtschaftspolitik, daß sie sich die „Hebung der Landwirtschaft“ zur Aufgabe stellte. Es wurde dabei nicht bedacht, daß die beklagte Lage der Landwirtschaft, die doch bei weitem nicht so schlimm ist, wie sie dargestellt wird, bewirkt worden ist durch eine gewaltige wirtschaftliche Umwälzung, und daß die Staatsgewalt nicht imstande ist, diese Wirkungen ab-

zuwehren. Wenn unsre Agrarier heute gewissermaßen die Welt auf den Kopf stellen wollen, so ist es zu Anfange gewiß nicht beabsichtigt worden, daß die agrarische Bewegung einen solchen Verlauf nehmen solle, aber sie ist durch eine zwingende Notwendigkeit dahin getrieben worden, weil man sich eigensinnig darauf versteifte, etwas erreichen zu wollen, was nicht zu erreichen war. Es ist auch nicht beabsichtigt worden, daß sich das Verlangen des Schutzes der nationalen Arbeit zu dem Verlangen der einseitigen Bevorzugung eines einzelnen Berufsstandes auf Kosten der andern ausbilden solle, aber durch die andauernde Unzufriedenheit des einen Berufsstandes, dem so schöne Versprechungen gemacht worden waren, und, wie man hinzufügen muß, durch seine andauernd unbefriedigende Lage ist es allmählich dahin gekommen.

Um wieder auf die Zollpolitik, die ja nur einen Teil dieser ganzen Wirtschaftspolitik ausmacht, zu kommen, so sollte auch bei ihrer Beurteilung weniger die Frage gestellt werden, ob Zölle überhaupt zweckmäßig und zulässig seien, sondern ob im einzelnen Falle ein Zoll angebracht sei, ob damit erreicht werde, was erstrebt wird, ob in den allgemeinen Verhältnissen die Berechtigung zu solcher Maßregel liege.

Auch die Berechtigung von Industriezöllen ist ja vielfach bestritten worden. Es ist namentlich, und mit vollem Recht, hingewiesen worden auf die weitern Folgen, die das Vorgehen eines einzelnen Staates auf diesem Gebiet leicht haben kann. Da entsteht dann in den verschiedenen Ländern ein Wettstreit, die eigne Industrie zu stärken, sich vom Auslande möglichst unabhängig zu machen, wie der Ausdruck lautet. Dabei wird zu wenig darauf Rücksicht genommen, ob wohl die wirtschaftliche Entwicklung des eignen Landes ein solches Vorgehen rechtfertigt. Künstlich wird eine Industrie großgezogen, für deren Emporkommen die Bedingungen nicht günstig liegen, und die man lieber allmählich sich entwickeln lassen sollte. Es wird eine handelspolitische Feindschaft erzeugt, und man kommt zu einer gegenseitigen Absperrung durch Zölle, die auf den Wohlstand der Länder insgesamt ungünstig einwirkt, da gerade der Austausch an Arbeitserzeugnissen zwischen einem wirtschaftlich höher entwickelten und einem auf niedrigerer Stufe stehenden Lande für beide Teile vorteilhaft ist.

Aber wie man auch über unsre Industriezölle urteilen mag, so viel ist gewiß, daß sich die Industrie viel leichter befriedigt gezeigt hat als die Landwirtschaft, oder vielmehr die Landwirte, die zu der agrarischen Fahne schwören und auf die von agrarischer Seite empfohlenen Heilmittel große Hoffnungen gesetzt haben und noch setzen. Und das hat seinen guten Grund. Unsre Industrie ist kräftig emporgeblüht hauptsächlich deshalb, weil Deutschland zum Industriestaat überging in einer Zeit, die für eine solche Entwicklung günstig war. Und wenn nun gleichzeitig die Landwirtschaft, immer in dem angeführten Sinne gemeint, trotz der ihr mehr und mehr zugestandnen Bevorzugung fort und fort über Zurücksetzung klagt, so wird auch sofort der Unterschied klar

zwischen berechtigten und verfehlten wirtschaftlichen Maßregeln. Die hohe Vervollkommnung der Verkehrsmittel, die Bebauung und Besiedlung neuer Länder und andres haben bewirkt, daß die Rohprodukte der Landwirtschaft ihren frühern Preis nicht behaupten können. Wenn darauf aber vom Staate verlangt wird, daß er hohe Preise mache, so ist das gerade so, als wenn der Fuhrmann vom Staate Schadenersatz verlangen wollte für die Schädigung seines Erwerbs durch die Eisenbahn.

Der Großgrundbesitz mußte wegen der Ausdehnung seiner Landfläche von dieser Konkurrenz am härtesten betroffen werden. Es kommt hinzu, daß es einer gesellschaftlich hoch stehenden Klasse dadurch sehr erschwert wird, ihre Stellung zu behaupten. Diese Klasse aber hält sich selbst für eine besonders wertvolle und unentbehrliche Stütze des Staats. Sie behauptet, daß es im eignen Interesse des Staats liege, sie in ihrer Stellung zu schützen und ihr die Weiterführung eines behaglichen Lebens zu ermöglichen. Und es scheint, daß in den leitenden Kreisen Neigung vorhanden ist, auf solche Anschauungen einzugehen, und daß darauf die geradezu unbegreifliche den Agrariern bewiesene Nachsicht zurückzuführen ist. Dadurch aber wird der Kampf für und wider die agrarischen Bestrebungen nur um so bedenklicher, denn er gestaltet sich zu einem Klassenkampf. Auf der einen Seite steht der demokratische Gleichheitsgedanke der Neuzeit, der von erblichen Vorrechten nichts wissen will, in ihrer Festhaltung ein Unrecht und zugleich ein Hemmnis der Thakraft sieht, da er dem Emporstrebenden Bahn machen und dem Verdienste seinen Lohn zuerkennen will. Auf der andern Seite steht eine Klasse, die mit grimmigem Haß die ganze wirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit betrachtet, weil sie fühlt, daß ihr die Fähigkeit abgeht, sich in diesem wirtschaftlichen Kampfe zu behaupten. Sie betrachtet jeden Reichtum, der außerhalb der landwirtschaftlichen Scholle erworben wird, als ein Unrecht, nicht aus grundsätzlicher Abneigung gegen den Mammon, aus Vorliebe für Schlichtheit und Einfachheit, sondern weil dieser Reichtum „deplacirt“ sei, nicht dorthin gefallen sei, wohin er gehöre. Darum scheint ihr die ganze heutige Wirtschaftsordnung verfehlt zu sein, und sie sucht sie nach ihren Idealen zuzuschneiden, wobei sie in den schärfsten Gegensatz gerät zu den Interessen und Bedürfnissen der ärmern Bevölkerungsklasse, die doch angeblich die höchste Richtschnur für die Gesetzgebung sein sollen. Bei der Unwahrheit und Zeitwidrigkeit dieser Bestrebungen — kann es da zweifelhaft sein, daß ihre Macht vorübergehen wird?

